

ANALYSEN UND BERICHTE

Militär und Entwicklung in Lateinamerika

Von Klaus Eßer

»Nichts ist abhängiger von ökonomischen
Vorbedingungen als gerade Armee und Flotte«

*Friedrich Engels*¹

Militär im Entwicklungsprozeß

Zu den Voraussetzungen, Bedingungen und Formen der Intervention militärischer Eliten in die Politik und den politischen Strukturen, die sich unter Militärregimen herausbilden, liegen zahlreiche Untersuchungen vor. In den 70er Jahren fanden auch die Belastungen der Entwicklungsbudgets durch solche Interventionen und die externen Einflüsse auf das Militär in Entwicklungsländern großes Interesse. Dagegen gibt es zum Verhalten des Militärs an der Macht fast nur allgemeine Untersuchungen. Besonders selten sind Fallstudien zur Handlungsfähigkeit von Militärregimen im Hinblick auf Wachstum und Entwicklung.

Ist das Militär die modernste Organisation der Gesellschaft, »an ›industrial-type‹ entity«,² und daher auch Avantgarde des sozialen und wirtschaftlichen Wandels und Träger der politischen und administrativen Entwicklung? Oder ist es »a reactionary consumer of scarce resources«,³ ein abhängig-repressives Instrument, das die Durchdringung von unterentwickelten Ländern mit ausländischen Mustern und Interessen und »die modifizier-

- 1 *F. Engels*, Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft, in: K. Marx, F. Engels, Werke, Bd. 20, Berlin (Ost) 1978, S. 2–303, S. 155; vgl. ebenda, S. 153: »Und wenn die Bourgeois jetzt an die Gewalt appellieren, um die zusammenbrechende ›Wirtschaftslage‹ vor dem Einsturz zu bewahren, so beweisen sie damit nur, daß sie in derselben Täuschung befangen sind wie Herr Dühring, als seien ›die politischen Zustände die entscheidende Ursache der Wirtschaftslage‹; daß sie sich einbilden, ganz wie Herr Dühring, sie könnten mit dem ›Primitiven‹, mit ›der unmittelbar politischen Gewalt‹, jene ›Tatsachen zweiter Ordnung, die Wirtschaftslage und ihre unabwendbare Entwicklung umschaffen . . .«.
- 2 *L. W. Pye*, Die Rolle der Armeen im Prozeß politischer Modernisierung, in: D. Berg-Schlosser (Hrsg.), Die politischen Probleme der Dritten Welt, Hamburg 1972, S. 230–242, S. 239; der Begriff »industrialisierte Organisation« wurde durch den von M. Kaldor, S. 461, Pye zugeschriebenen Begriff ersetzt (vgl. Anm. 3).
- 3 *M. Kaldor*, The Military in Development, in: World Development, 1976, Bd. 4, Nr. 6, S. 459–482, S. 462; kritisiert werden Analysen von Albrecht et al.; vgl. Anm. 6.

te Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise« ermöglicht?⁴ Die vorliegende Regionalstudie ergibt, so sei vorweggenommen, daß die Erscheinungsformen der Militärherrschaft und die Handlungsfähigkeit von Militärregimen in Lateinamerika viel zu differenziert sind, um problemlos in diese und andere allgemeine Schemata eingeordnet werden zu können.

Zur Beurteilung der Rolle von Militärregimen im Entwicklungsprozeß sind drei Faktoren von Bedeutung: das Niveau gesellschaftlicher Differenzierung, das insbesondere vom Industrialisierungsniveau eines Landes bestimmt wird und auch das Militär zu prägen pflegt; die historisch entstandene Verflechtung des Militärs mit in- und ausländischen Schichten und Interessen; Organisation, Wertvorstellungen und Interessen des Militärs selbst, da dieses durchaus nicht nur »a more or less neutral instrument of the ruling class«⁵ oder gar ausländischer Interessen⁶ ist. Die strukturelle Erklärung der entwicklungspolitischen Rolle von Militärregimen in Lateinamerika geht insbesondere von den ersten beiden Faktoren aus. Trotz und teils gerade wegen dieser Beschränkung wird der unterschiedliche Spielraum für ausländische Einflußnahmen auf das Militär in Ländern auf verschiedenem Industrialisierungsniveau deutlich.

Im ersten Teil, der historischen Analyse, werden Ursachen und Voraussetzungen der Intervention des Militärs in die Politik in verschiedenen Perioden der lateinamerikanischen Geschichte aufgezeigt. Im zweiten Teil werden die Zusammenhänge zwischen dem Industrialisierungsniveau einzelner Länder der Region und den Charakteristika militärischer Herrschaft erörtert. Im dritten Teil wird nach der entwicklungspolitischen Bilanz, den Perspektiven und den Alternativen militärischer Herrschaft in Lateinamerika gefragt.

I Ursachen der politischen Intervention militärischer Eliten in Lateinamerika

1 Das Militär als einzige kohärente nationale Institution (1820–1920)

Manche Länder Lateinamerikas haben den größten Teil ihrer staatlichen Entwicklung unter militärischer Herrschaft zugebracht. Die Ursache ist offensichtlich: Die Wirtschaftselite, die aus den Unabhängigkeitskriegen hervorging, war nicht in der Lage, ihre Macht politisch zu institutionalisieren. Das Militär verstand sich – ähnlich wie heute in zahlreichen Ländern Afrikas – gegenüber den partikularen, regional und sektoral verschiedenen Interessen als Repräsentant der »nationalen Interessen«. Ein Caudillo-Generale

4 R. Körner, Unterentwicklung, Abhängigkeit und Militärherrschaft, in: Neue Politische Literatur, 1976, Jg. XXI/2, S. 217–225, S. 217.

5 M. Kaldor, The Military . . . , a.a.O., S. 475: Kritik an einigen marxistischen Analysen.

6 Z. B.: U. Albrecht et al., Rüstung und militarisierter Entwicklungsprozeß in peripheren Ländern, in: Levia-than, 1975, Jg. 3, H. 4, S. 550–576, S. 573: »Um die Bedeutung des Militärs für die sich abhängig industrialisierende periphere Gesellschaft . . . angemessen analytisch fassen zu können, erscheint die Konzipierung eines aus der Situation dieser Teilgruppe von peripheren Ländern abgeleiteten, neuartigen Militärbegriffes als unumgänglich.«

ral übernahm – meist auf Zeit – die politische Führung; über seine persönliche Diktatur drängte er die divergierenden Interessen der einzelnen Gruppen der Agrar- und Handelsbourgeoisie zurück bzw. ermöglichte es einer jeweils anderen Gruppe der Wirtschaftselite, an der Machtausübung zu partizipieren. Das Militär wurde auf diese Weise Teil der zahlenmäßig kleinen Machtelite der bevölkerungsarmen und wenig differenzierten Agrargesellschaften. Es ist seit dieser Zeit hauptsächlich nach innen ausgerichtet.

Militärische Caudillos haben im 19. Jahrhundert besonders in Ländern mit starker Einwanderung wie Argentinien verschiedene Rollen wahrgenommen: Sie verkörperten die Reaktion traditionaler großagrarischer Kräfte aus dem Hinterland auf den liberalen politischen Einfluß der städtischen Mittelschichten und der Intelligenz, die sich an westeuropäischen, besonders französischen Ideen orientierten. Sie führten aber auch Streitkräfte an, die in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts die Ansätze zu einer wirtschaftlich selbständigen Entwicklung im Landesinnern bekämpften. Besonders deutlich wird dies in den Gegensätzen zwischen der europäisch geprägten Metropole Buenos Aires, dem exportorientierten latifundistischen Hinterland und den lange Zeit relativ eigenständigen Städten des Nordwestens Argentinien.

Die »kreolische Demokratie«, die zunächst durch die Auseinandersetzungen konservativ-klerikaler und liberaler, meist stärker exportierter Landherrengruppen geprägt war, wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und schnell wachsender Städte immer stärker durch die Gegensätze zwischen Oligarchie und Mittelschichten bestimmt. In Krisenphasen warfen Militärs ihr Gewicht meist in die Waagschale der Agrar- und der Handelsbourgeoisie,⁷ die unter dem Druck der Mittelschichten immer stärker zusammenwuchsen.

Diese Rolle spielte das Militär so lange, bis die Interessengegensätze zwischen Agrar- und Handelsbourgeoisie einerseits und den schnell wachsenden städtischen Mittelschichten (einschließlich der proindustriellen Gruppen der Bourgeoisie und der zahlenmäßig noch unbedeutenden organisierten Arbeiterschaft) andererseits, aus denen auch immer mehr Militärs hervorgingen, zum determinierenden politischen Faktor wurden; dies war der Fall, als sich angesichts des Ersten Weltkrieges, der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Lateinamerika wesentlich veränderten.

2 Unterstützung proindustrieller Klassenallianzen durch das Militär (1920–1955/65)

Das Wirtschaftsmodell der »Entwicklung nach außen«, des Exports von agrarischen und industriellen Rohstoffen, geriet aufgrund der Kriege zwischen den Industrieländern und der Wirtschaftskrise der 30er Jahre in eine Krise. Da die Importe nicht mehr in dem

7 Vgl. die Rolle des Militärs in den Auseinandersetzungen um die nationale Politik J. M. Balmacedas in Chile, z. B.: *J. M. Yrarrazaval*, *El Presidente Balmaceda*, Santiago 1940, 2 Bde.; ders., *La política económica del Presidente Balmaceda*, Santiago 1963; *H. Ramírez N.*, *Balmaceda y la contrarrevolución de 1891*, Santiago 1969.

Maße wie früher finanziert werden konnten, setzte in den größeren Ländern der Region ein Prozeß importsubstituierender Industrialisierung ein, der immer mehr auf staatliche Förderung angewiesen war. In dieser Situation trugen Militärs dazu bei, die Machtposition der wirtschaftlich und politisch schwachen Trägergruppe des Modells der »Entwicklung nach innen« gegenüber der traditionellen Agrar- und Handelsbourgeoisie zu stärken.

In Argentinien folgte auf den konservativen Staatsstreich von 1930, der die agrarischen Exportinteressen begünstigte und zur Unterdrückung der Gewerkschaften führte, der Putsch von 1943, der Militärs an die Regierung brachte, die die industrielle Entwicklung vorantrieben, den Aufbau starker Gewerkschaften förderten und sogar das städtische Subproletariat gegen die traditionelle Bourgeoisie mobilisierten.⁸ In Brasilien unterstützten Gruppen des Militärs ab 1930 den Präsidenten Vargas, der in immer neuen Anläufen die proindustriellen Schichten des Landes stärkte: »In order to have a strong army, it was first necessary to build a strong country.«⁹ In Mexiko trugen Revolutionsgeneräle, vor allem Cárdenas, entscheidend zur Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für einen hauptsächlich nach innen gerichteten Industrialisierungsprozeß bei. Auch in einigen anderen Ländern der Region spielte das Militär – damals noch durch Caudillos repräsentiert – beim Übergang von der vorindustriellen Gesellschaft zu einer Gesellschaft im Industrialisierungsprozeß eine wichtige Rolle.

3 Krise der importsubstituierenden Industrialisierung und des Populismus (1950–1960)

In den 50er Jahren gerieten die Bemühungen in den größeren Ländern Lateinamerikas, im Rahmen populistischer Klassenallianzen und über staatliche Politiken eine eigenständige nationale industrielle Entwicklung zu forcieren, in eine Krise, die wiederum einen Wandel der politischen und entwicklungspolitischen Rolle des Militärs zur Folge hatte. Vorstellungen wie die Peróns, bei staatlich-militärischer Anregung und Kontrolle ließe sich der Industrialisierungsprozeß relativ schnell vollziehen und würde eine starke nationale Industriebourgeoisie heranwachsen, erwiesen sich wegen der internen Machtverhältnisse, der Einseitigkeit der Strategie importsubstituierender Industrialisierung und erneut veränderter weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen als falsch:

- 8 Hinweise auf die umfangreiche Literatur zum Peronismus: T. T. Evers, Militärregierung in Argentinien. Das politische System der »Argentinischen Revolution«, Hamburg 1972; zur späteren Entwicklung: *Instituto Argentino de Estudios Estratégicos y de las Relaciones Internacionales*, Estrategia; Die Zeitschrift gibt den Standpunkt des argentinischen Militärs wieder; O. Bayer, »Vidélismo« als neue Variante lateinamerikanischer Militärregime, in: Berichte zur Entwicklung in Spanien, Portugal und Lateinamerika, München, März/April 1977, S. 2–22; zur Bourgeoisie Argentinens z. B.: J. L. de Imaz, Los que mandan, Buenos Aires 1964.
- 9 F. D. McCann, Jr., The Brazilian Army and the Problem of Mission, 1939–1964, in: Journal of Latin American Studies, Mai 1980, Bd. 12, H. 1, S. 107–126, S. 114; Ausführung von Gedanken des Kriegsministers Góes Monteiro; dort heißt es auch: »Poor countries do not have efficient armies.«; vgl.: S. P. Huntington, Political Order in Changing Societies, New Haven, London 1968, S. 221: »As society changes, so does the role of the military.«

- Das Machtpotential der peronistischen Klassenallianz reichte aus, um die Agrar- und Handelsbourgeoisie politisch zurückzudrängen; es erwies sich als zu schwach, um sie wirtschaftlich zu entmachten. Die traditionelle Macht- und Wirtschaftselite, einige Sektoren der Industrie und des Dienstleistungswesens und konservative Militärs verhinderten Strukturreformen, zum Beispiel im Agrarsektor, die etwa in Preußen die industrielle Entwicklung begünstigten¹⁰ und nach dem Zweiten Weltkrieg unter Druck und Beteiligung der USA in Japan, Südkorea und Taiwan die Bedingungen der Industrialisierung verbesserten.¹¹ Selbst in den größeren Ländern Lateinamerikas blieb der Binnenmarkt für industrielle Konsumgüter und agrarbezogene Industrieerzeugnisse zu eng, um die Industrialisierung längerfristig zu dynamisieren.
- In Lateinamerika fehlte jene unternehmerisch-technologische Basis, die in Deutschland oder Japan einen eigenständigen Prozeß der Industrialisierung erlaubte. Die einfachen Konsumgüter waren bald durch inländische Produkte ersetzt. Da sich die politischen Widerstände gegen Strukturverbesserungen, die eine binnenorientierte Fortsetzung der Industrialisierung erlaubt hätten, nicht überwinden ließen, wurden im Rahmen der Strategie importsubstituierender Industrialisierung nun die Importe von langlebigen Konsumgütern ersetzt. Dies erwies sich jedoch nur über ausländische Konzerne oder die Assoziierung nationaler Unternehmen mit diesen als möglich. Kennzeichnend war die Öffnung Brasiliens gegenüber ausländischen Unternehmen um die Mitte der 50er Jahre. Selbst in diesem Land mit einem relativ großen Binnenmarkt für langlebige Konsumgüter erwiesen sich nun Politiken der Einkommenskonzentration als erforderlich, um etwa ausreichende Anreize für den Aufbau integrierter Kfz-Komplexe zu schaffen. In dieser Phase der Industrialisierung waren populistische Distributionspolitiken, die der Stärkung und Ausweitung der Klassenallianz von nationalistischen Sektoren der Industriebourgeoisie, Teilen der Mittelschichten, des Industrieproletariats und der subproletarischen Massen dienten, nicht mehr am Platz.¹²
- Für die westeuropäischen Industrieländer und Japan wurden nach dem Ende ihrer Wiederaufbauphase die größeren Länder Lateinamerikas zu Investitionsschwerpunkten. Im Unterschied zu den vornehmlich extraktiven US-Unternehmen konzentrierten sich die Unternehmen dieser Länder im Industriesektor, besonders in der Produktion langlebiger Konsumgüter. Zugleich zeichnete sich die Möglichkeit ab, über ein Engagement ausländischer Konzerne die Märkte der westlichen Industrieländer für Industrieprodukte aufzuschließen. Stärker exportorientierte Politiken schienen um so notwendiger, als die importsubstituierende Industrialisierung immer weniger zum Wachstum beitrug.

10 Zur Aufhebung der Erbuntertänigkeit: U. P. Ritter, Preußische Gewerbeförderung in frühindustrieller Zeit, in: O. Büsch, W. Neugebauer, Moderne Preußische Geschichte 1648–1917, 3 Bde., Berlin, New York 1981, Bd. 2, S. 1031–1087, S. 1032 ff.

11 R. Jolly, Redistribution with Growth: Some Country Experience. An Overview, in: H. Chenery et al., Redistribution with Growth, Oxford University Press, Thetford, Norfolk, S. 253–290.

12 Z. B.: K. Eßer, Lateinamerika. Industrialisierungsstrategien und Entwicklung, Frankfurt am Main 1979, S. 65, S. 101 f.

4 Populistische Reformversuche und politische Krise (1964–1976)

Die Strategie- und Wachstumskrise löste soziale Unruhen aus und hatte eine politische Krise zur Folge. Während Perón bereits 1955 und Goulart, der letzte populistische Präsident Brasiliens, 1964 durch konservative Militärs gestürzt wurden, gewannen in anderen Ländern Reformbewegungen an Bedeutung, welche sich gegen die Hemmnisse für Industrialisierung und Populismus wandten. Die Christlich-Demokratische Partei Chiles zielte ebenso wie die militärpopulistische Bewegung um General Velasco darauf ab, die hauptsächlich binnenorientierte Wachstumsstrategie über Strukturreformen wieder zu dynamisieren: Vor allem Agrar- und Sozialreformen und zudem die subregionale Integration mit Ländern, die vor ähnlichen Problemen standen, sollten den Markt für Industrieprodukte ausweiten. Durch die Kontrolle der wichtigsten exportierten Rohstoffe sollte der Spielraum der staatlichen Wirtschaftspolitik verbreitert werden (»Chilenisierung«, »Peruanisierung«).

Der Fall Peru ist besonders interessant: Ein Caudillo der Exportbourgeoisie in Landwirtschaft und Bergbau, General Odría, hatte 1948–56, zuletzt durch den Korea-Rohstoffboom begünstigt, noch einmal das traditionelle Modell internationaler Arbeitsteilung durchgesetzt. Nach mehreren militärischen Interventionen wurde ein demokratisch gewählter gemäßigter Reformpolitiker Präsident, stieß aber mit seinem Programm, darunter einer Agrarreform, auf massive rechte Gegenkräfte. Zugleich versuchte eine Guerilla, eine Landreform von unten zu erzwingen. Im Offizierskorps setzte sich nun eine nationalistische Gruppe¹³ durch, die 1968 die Regierung übernahm. Die populistische Umbruchphase, die in den größeren Ländern Lateinamerikas bereits ihrem Ende zuing, wurde im industriell schwach entwickelten Peru unter Militärs nachgeholt.

Das spezifische Charakteristikum des »Militärpopulismus« besteht darin, daß die Militärs sich in Peru nicht an die Spitze einer Klassenallianz, sondern, wie Velasco betonte, an die Spitze der Massen stellten. In bewußtem Gegensatz zur Reformregierung Frei in Chile, welche die intermediären Organisationen, Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften, aus wirtschaftlichen und politischen Gründen gestärkt hatte, lehnten die peruanischen Militärs die politische Mobilisierung zugunsten der »nationalen Revolution« ab, um unkontrollierte Distributionseffekte und eine Stärkung der Linken zu verhindern. Die Streitkräfte als professionalisierte, homogene und zentral gelenkte Institution, die nach dem Selbstverständnis der Militärs über den Klassen stand und die politische Führung korporativ wahrnahm, setzten im Rahmen ihrer »Revolution von oben« auf technokratische Lösungen.¹⁴ Der Staat suchte – hierin besteht die Gemeinsamkeit mit

13 Zur Herkunft der Militärs: *J. Cotler*, Politische Krise und Militärpopulismus in Peru, in: H. C. F. Mansilla (Hrsg.), *Probleme des Dritten Weges – Mexiko, Argentinien, Bolivien, Tansania, Peru*, Darmstadt, Neuwied 1974, S. 159–197, S. 193 (»Die Offiziere der Armee kommen anscheinend hauptsächlich aus der ländlichen Mittelschicht des Landes.«); das Militär erfährt eine breite Fortbildung am Centro de Altos Estudios Militares (CAEM).

14 Zur Kritik an J. Cotlers Begriff »populismo militar«: *K. Eßer*, Militärrherrschaft und Industrialisierung in Lateinamerika, in: I. Sotelo, K. Eßer, B. Moltmann, *Die bewaffneten Technokraten. Militär und Politik in La-*

dem Bonapartismus¹⁵ – eine gewisse Autonomie gegenüber der Bourgeoisie; der staatliche Wirtschaftssektor wuchs überaus schnell. Das Militär erklärte, solange an der Macht bleiben zu wollen, bis die Unterentwicklung Perus besiegt sei.

Der Versuch, einen »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu gehen, scheiterte an ökonomischen Sachzwängen, der Schwäche der Industriebourgeoisie des Landes, äußeren Widerständen und dem Unvermögen des Militärs, sich durch Überzeugung und Organisation der Massen eine breite politische Basis zu schaffen. Der politische Handlungsspielraum der Reformmilitärs war – wie auch bei anderen militärischen Reformsätzen, etwa mehrfach in El Salvador¹⁶ – eng begrenzt, weil sie Einheit und Geschlossenheit des Offizierskorps, zu dem weiterhin, wenn auch zeitweise politisch zurückgedrängt, konservative Militärs gehörten, nicht in Frage stellen wollten oder konnten. Eben dieses Streben nach Geschlossenheit des Offizierkorps ermöglichte 1974 die Entmachtung der Reformer durch wirtschaftsliberale Offiziere, die 1980 nach demokratischen Wahlen wiederum von Belaúnde abgelöst wurden.

Weder die zivilen noch die militärischen Reformregierungen konnten in Lateinamerika die politische Polarisierung aufhalten, die sich aus der Strategie- und Wachstumskrise ergab. Angesichts der politischen Zuspitzung in Lateinamerika ging Washington schon bei der Schaffung der »Allianz für den Fortschritt« davon aus, daß Reformen nur bei gleichzeitiger Modernisierung der Streitkräfte der Region umzusetzen seien. In den 60er Jahren wurden diese zum Kampf gegen die Land- und bald auch Stadtguerilla ausgebildet und ausgerüstet. Über »counterinsurgency« und »civic action«, die von US-Militärberatern gegen psychologische und andere Nebenwirkungen der politischen Säuberungskampagnen empfohlen wurde, schaltete das Militär die neue, überwiegend castristische Linke aus. Da sich die politische Krise weiter zuspitzte, übernahm das Militär in vielen Ländern erneut die Herrschaft und zerschlug Reform- und revolutionäre Parteien und Gewerkschaften.¹⁷

5 Durchsetzung neuer Wachstumsstrategien durch das Militär ab 1955/64

Die Ursachen der Krise der 60er Jahre wurden ausführlich erörtert, weil sie die Intervention des Militärs in Politik und Wirtschaft bis heute bewirkten: Die ökonomische Basis der populistischen Allianzen war mit der eingeschlagenen Wirtschaftsstrategie nicht weiter ausbaufähig, während gleichzeitig Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmen-

teinamerika, Hannover 1975, S. 77–164, S. 110; vgl.: *J. Cavanagh*, *Reflections on Class Theory Suggested by Analyses of the Peruvian Military Regime, 1968–1979*, Göttingen 1980.

15 Vgl.: *K. Marx*, *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*, in: ders., *F. Engels, Werke*, Bd. 8, Berlin (Ost) 1978, S. 111–207, S. 205: »Industrie und Handel, also die Geschäfte der Mittelklasse, sollen unter der starken Regierung treibhausmäßig aufblühen.«

16 *W. M. LeoGrande, C. A. Robbins*, *Oligarchs and Officers: The Crisis in El Salvador*, in: *Foreign Affairs*, Frühjahr 1980, S. 1084–1103, S. 1094 ff.

17 Zur traditionellen und neuen Linken in Lateinamerika: *B. Goldenberg*, *Kommunismus in Lateinamerika*, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971.

bedingungen neue Wachstumsstrategien nahelegten. Außerdem sahen Industriebourgeoisie und Mittelschichten wesentliche wirtschaftliche und politische Interessen zunehmend durch Mitte-Links-Allianzen bedroht, die nun von ihnen nicht mehr kontrolliert wurden. In dieser Situation näherten sie sich konsequent der Agrar- und Handelsbourgeoisie an.

Der neuen Mitte-Rechts-Allianz, zum Beispiel in Chile durch den Partido Nacional und Alessandri repräsentiert, standen eine christliche und eine marxistische Linke gegenüber, deren radikale Gruppen bald zum bewaffneten Kampf übergingen. Das Zerbrechen der politischen Mitte, die gegen Ende der populistischen Reformsätze immer stärkere politische Polarisierung sowie die Schwäche der Mitte-Rechts-Koalitionen, die ohnehin kein Programm zur Dynamisierung der Wirtschaft besaßen, führten zur Machtübernahme des Militärs auf Dauer. Militärregime setzten nun neue Wirtschaftsstrategien um, die allerdings in den einzelnen Ländern ganz verschiedene Charakteristika besitzten.

a. Von großer Bedeutung für die gesamte Region war die Machtübernahme von Militärs in Brasilien, die weiterhin entschieden für die Industrialisierung als wichtigstem Mittel langfristiger nationaler Sicherheitspolitik eintraten. Nach 1964 wurde die traditionelle Agrarbourgeoisie politisch entmachtet und ebenso wie die nationale Industrie unter Modernisierungsdruck gesetzt. Seit Mitte der 50 Jahre hatte sich gezeigt, daß die nationale Industriebourgeoisie als Trägergruppe der Industrialisierung nicht in Frage kam, da sie nicht den damals dynamischsten Wirtschaftsbereich, die langlebige Konsumgüterindustrie, aufzubauen vermochte. Nun führte der Staat, der vor allem in den ersten Jahren der Militärherrschaft eine relativ große Unabhängigkeit von den gesellschaftlichen Schichten gewann, umfangreiche Investitionsprogramme zum Ausbau der Infrastruktur, des Bergbaus, der Stahl-, Erdöl- und petrochemischen Industrie durch, die für die Dynamik der Industrialisierung noch wichtiger wurden als die Expansion der langlebigen Konsumgüterindustrie über die ausländischen Konzerne. Eine militärisch-technokratische Macht- und Wirtschaftselite entstand, die die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen für die weiterhin hauptsächlich nach innen gerichtete Industrialisierung dauerhaft zu sichern versucht. Der Staatsapparat einschließlich der schnell wachsenden Staatsunternehmen wurde zusammen mit den multinationalen Konzernen und einigen Gruppen der nationalen Privatwirtschaft zum Träger der Industrialisierung.

b. Die Militärs, die sich in Argentinien, Chile und auch Uruguay in den 70er Jahren durchsetzten, stehen der Industrialisierung aufgrund anderer Erfahrungen eher skeptisch gegenüber: Zum Beispiel zeigten multinationale Konzerne aufgrund des relativ engen Binnenmarktes wenig Interesse, sich massiv – über Montageindustrien hinaus – beim Aufbau der langlebigen Konsumgüterindustrie zu engagieren. Noch wichtiger für die Reaktion des Militärs ab 1973 in Chile und ab 1976 in Argentinien war, daß in diesen Einwandererländern ein relativ gut organisiertes Industrieproletariat existierte und mar-

xistische bzw. peronistische Bewegungen auf demokratischem Wege an die Regierung gelangt waren.

Darüber hinaus spielte eine Rolle, daß das Militär die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik an zivile Politiker delegierte, die den Interessen der traditionellen Agrar- und Handelsbourgeoisie nahestanden und/oder aus den USA übernommene extreme Varianten neoliberaler Wirtschaftspolitik umsetzten, ohne politischen Beschränkungen zu unterliegen. Das Militär konzentrierte sich auf die Sicherung der Macht – in Chile aus Mangel an ökonomischer Erfahrung, in Argentinien auch um seiner Geschlossenheit willen. Wichtiges Instrument der Machterhaltung wurden die Geheimdienste, die mit militärischer Duldung, teils auch von Offizieren getragen, fast souverän agieren und einen Staat im Staate bilden. Offizielle und faktische Gewaltausübung verlaufen doppelspurig.¹⁸ Der »Terrorismus von oben«, der in Brasilien nach 1964 zur vollständigen Durchsetzung der militärischen Herrschaft und eines neuen Industrialisierungsmodells diente, wird in Argentinien, Chile und Uruguay zum Dauerzustand. Seine Funktion ist es, die Teile der Mittelschichten und die Unterschichten im Zaum zu halten, die gegen die einseitig auf die Interessen der Agrar-, Handels- und neuen Spekulationsbourgeoisie ausgerichtete Wirtschaftspolitik revoltieren.

Die Militärregime im cono sur stellen über Terror die politischen und sozialen Bedingungen für ein Gegenmodell zur importsostituierenden Industrialisierung her. Versucht wird eine Eingliederung in die Weltwirtschaft über den Export von Rohstoffen und Industrieprodukten. Dieser Strategie stehen jedoch selbst bei einer weiteren Verringerung der Löhne interne und externe Hemmnisse entgegen, die kaum zu überwinden sind: Indem binnenorientierte Industriebereiche aufgegeben werden, wird die nationale Privatwirtschaft bis auf relativ wenige große Exportunternehmen weiter geschwächt. Die radikale Entstaatlichung – in Argentinien bis auf die militärstrategisch relevanten Industriesektoren (Stahl-, Rüstungsindustrie, Basischemie usw.)¹⁹ und die geringe staatliche Förderung des Industrialisierungsprozesses stehen in krassem Gegensatz zu der engen Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft, die den Erfolg exportorientierter Länder wie Japan, Südkorea, Taiwan oder Singapur bewirkte.²⁰ Vor allem aber wird die Importnachfrage der westlichen Industrieländer nach Rohstoffen und entwicklungsländertypischen Industrieprodukten angesichts ihrer Rezession auf absehbare Zeit gering bleiben; gegen die Konkurrenz der weitaus leistungsfähigeren industriegüterexportierenden Staaten Asiens und auch Brasiliens haben die Länder des cono sur wenig Chancen.

18 F. R. Allemann, Militärdiktaturen in Lateinamerika, in: Berichte zur Entwicklung in Spanien, Portugal und Lateinamerika, 1979, Jg. 4, H. 25, S. 2–15, S. 10.

19 Z. B. A. Arancibia, W. Peres, La polémica en torno a las empresas públicas en América Latina, in: CIDE, Economía de América Latina, Mexiko, Sept. 1979, Nr. 3, S. 13–44, S. 36 f.

20 Z. B.: E. F. Vogel, Japan as Number One. Lessons for America, Cambridge, Mass., London 1979; W. Hillebrand, Industrial Restructuring in Singapore – Technological Decision-Making and International Cooperation in the Electronics Industry, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Berlin 1981.

II. Bestimmungsfaktoren der developmentpolitischen Handlungsfähigkeit von Militärregimen in Lateinamerika

Wertvorstellungen, Interessen und Organisationsniveau sowie die Handlungsfähigkeit und Funktion des Militärs im Entwicklungsprozeß werden weitgehend durch das Industrialisierungspotential sowie die Wachstums- und Entwicklungsdynamik und die entsprechende gesellschaftliche Differenzierung bestimmt, von der wiederum Herkunft und Prägung des Militärs stark abhängen. Diese Zusammenhänge verdeutlicht ein Vergleich der Rolle der Militärregime in den Kleinstaaten der Region und in Brasilien, dem am weitesten industrialisierten Land der Dritten Welt.

1. Militärregime in Kleinstaaten ohne Industrialisierungsprozeß

Die zahlreichen Kleinstaaten Lateinamerikas sind primäre Exportwirtschaften geblieben; der Industrialisierungsprozeß wird auch in den 80er Jahren kaum einsetzen. Institutionelles System und politische Herrschaft sind entsprechend wenig differenziert; die staatliche Administration ist ineffizient, ein staatlicher Wirtschaftssektor kaum vorhanden. In einigen Kleinstaaten herrschen weiterhin Caudillos, etwa in Paraguay, in anderen, etwa in Bolivien oder Guatemala, der jeweils »starke Mann« im Militär. Wachstum und Industrialisierung stehen meist nicht im Mittelpunkt der Machtausübung; es geht eher um Wahrung der Interessen der traditionellen Wirtschafts- und Machtelite und des Militärs, das nicht selten Teil dieser Elite ist. In einigen Ländern überwiegen sogar die Interessen des Militärs an leichter Gewinnmaximierung: In Paraguay ist das Militär seit langem an Schmuggel-, in Bolivien darüber hinaus an Rauschgiftgeschäften führend beteiligt.²¹

In den meisten Kleinstaaten Lateinamerikas ist das Militär – wie auch in vielen kleinen Ländern Afrikas, aber eben nicht in Nigeria – immer mehr zur Retrogarde der Gesellschaft geworden. Charakteristisch ist der Fall Bolivien: Durch die Revolution von 1952 wurde die traditionale Bergbau-, Handels- und Agrarbourgeoisie entmachteter; die Streitkräfte wurden aufgelöst. Der Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR), eine von nationalrevolutionären Intellektuellen getragene, populistische und desarrrollistische Bewegung, verstaatlichte den Großbergbau und führte im indianisch besiedelten Hochland eine Agrarreform durch. Die Schwäche der wirtschaftlichen Basis der städtischen Mittel- und Unterschichten in diesem Land ohne industrielle Entwicklung, Distributionskämpfe mit dem weitaus revolutionärerem Bergbauproletariat, widersprüchliche Wirtschaftspolitiken sowie personelle und institutionelle Mängel führten in eine Wirtschaftskrise, die über Stabilisierungsmaßnahmen zusammen mit den USA angegangen wurde. Mit deren Unterstützung wurden die Streitkräfte neu aufgebaut.

21 Zu Paraguay: *Latin American Regional Report*, Southern Cone, London, 31. 7. 1981, S. 3; zu Bolivien: C. Limousin, Mafias en uniforme, in: *Le Monde Diplomatique*, 18. 9. 1981, S. 18 f.; *Der Spiegel*, 17. 8. 1981, Nr. 34, S. 86 f.

Das Militär fand 1964, als General Barrientos putschte, ein Machtvakuum vor; Armee und Bauernmilizen hatten schon Ende 1963 die Bergbauggebiete umzingelt. Die Allianz zwischen Militär und Bauern wurde von Barrientos genutzt, um die Gewerkschaften zu schwächen. Nach einem Zwischenspiel von zwei populistischen Militärregierungen 1969–71 (Ovando, Torres) setzten sich rechtsgerichtete Offiziere unter Banzer durch. Der Staat diene nun den Interessen der Agrarbourgeoisie im Tiefland und der Handelsbourgeoisie, die angesichts von Ölexporten auf den Import von Konsumgütern setzte.²² Unter den folgenden rechtsradikalen Militärregierungen wurde der Staat zu einem Instrument der Bereicherung einzelner Gruppen des Militärs; zugleich verselbständigten sich diese weitgehend – eine Tendenz, die sich auch in Zentralamerika immer mehr zeigt. Das Militär ist nun Agent eigener und zugleich – zwecks Machterhaltung – Statthalter ausländischer Interessen.

In El Salvador kämpfen die Streitkräfte, ebenso wie vor dem Umbruch in Nicaragua selbst schon fast zur Guerilla geworden und vollständig auf ausländische Unterstützung angewiesen, mit terroristischen Methoden gegen die Mehrheit der Bevölkerung. Da sich dieser Fall in Guatemala, Honduras oder Bolivien bald wiederholen kann, ist es wichtig, seine Ursachen zu analysieren: Eine äußerst rigide Klassenstruktur und radikale Einkommensungleichgewichte,²³ ein schnell zunehmender Bevölkerungsdruck und immer mehr landlose Bauernfamilien erschütterten die traditionelle politische Allianz zwischen der zahlenmäßig kleinen Oligarchie und dem Militär schon 1931/32, als die Unterdrückung sozialer Unruhen durch die Streitkräfte 30 000 Menschenleben forderte. Seither besitzt das Militär ein politisches Monopol und stellt die dominierende politische Partei. Dennoch übernahmen 1960, 1972 und 1979 reformorientierte Offiziere die Macht, gegen die sich jedoch bald wieder konservative Militärs durchsetzen konnten, die zugleich radikal gegen die Reformparteien vorgehen: »The government's assault on the center . . . created the far Left.« Die Oligarchie setzte zunehmend auf paramilitärische Gruppen unter dem Kommando konservativer Militärs, welche erneut eine Lösung wie 1932 suchten. »The . . . unified Left and Center-Left opposition includes everyone but the government and the far Right.«²⁴ Aus kurzfristigen sicherheitspolitischen Erwägungen verhindern die USA die seit Jahrzehnten überfälligen Reformen. Gelänge wiederum eine politische Stabilisierung, wäre in einigen Jahren erneut – wie schon seit Jahrzehnten – mit einem Aufstand der chancenlosen Massen zu rechnen. Denn im bestehenden Rahmen können sich keine günstigen Wachstums- und Entwicklungsbedingungen ergeben. In Guatemala werden Reformer und Revolutionäre, Gewerkschaftler oder politisch or-

22 Vgl.: R. A. Mayorga, Das Scheitern des populistischen Nationalismus in Bolivien, in: Mansilla, Probleme des Dritten Weges . . . , a.a.O., S. 69–123.

23 *LeoGrande* . . . , Oligarchs . . . , a.a.O., S. 1085: »The family clans comprising the oligarchy include only a few thousand people in this nation of nearly five million, but until recently they owned 60 percent of the farmland, the entire banking system, and most of the nation's industry. Among them, they received 50 percent of national income.« In den 70er Jahren waren ca. 28 % der Erwerbsfähigen arbeitslos oder unterbeschäftigt, 1980 mehr als 35 %.

24 Ebenda, S. 1087, S. 1099.

ganisierte Studenten seit 1954, als die demokratische Reformregierung unter Hauptmann Arbenz durch konservative Militärs mit US-Unterstützung gestürzt wurde, zunehmend systematisch ermordet; dennoch steht auch dieser »Ausnahmestaat in Permanenz«,²⁵ der keinerlei Reformen duldet, vor dem Bürgerkrieg.²⁶ In vielen Kleinstaaten Lateinamerikas ist der politische Umbruch gegen die Agrar- und Handelsbourgeoisie und die mit dieser verbündete Militärfraktion zur wichtigsten Voraussetzung für die Entwicklung und Umsetzung einer wirtschaftlich und sozial wirksamen Entwicklungsstrategie geworden. In den meisten Ländern ist das Militär auch über seine wirtschaftlichen Engagements und Interessen eng mit der Oligarchie verknüpft; eine Erneuerung aus dem Offizierskorps heraus ist daher kaum zu erwarten. Damit sind die komparativen Nachteile militärischer gegenüber ziviler Herrschaft in diesen Ländern offensichtlich. Es erwies sich als Irrtum, von der technisch-organisatorischen Modernität der Streitkräfte auf die entwicklungspolitische Handlungsfähigkeit des Militärs zu schließen, ohne die spezifische Entwicklungsproblematik des jeweiligen Landes und die Charakteristika der Klassenbindung des Offizierskorps zu berücksichtigen.

2. Militärregime im Falle dynamischer Industrialisierung: Brasilien

In Brasilien dagegen, wo nach der langlebigen Konsumgüter- und der Grundstoffindustrie nun die Investitionsgüterindustrie zum Schwerpunkt des Industrialisierungsprozesses wird, ist ein ganz anderer Typ von Militär und militärischer Herrschaft entstanden. Die weit fortgeschrittene gesellschaftliche und institutionelle Diversifizierung prägt das Militär seit langem: »The Brazilian officer corps was drawn largely from the urban middle class . . .«²⁷ Das Militär erhält an der Escola Superior de Guerra (ESG) eine breite fachliche Ausbildung, die auf die komplexen Ansprüche an die staatliche Wirtschaftspolitik und den staatlichen Wirtschaftssektor zugeschnitten ist. Militär, Technokraten und Bürokraten nehmen die Rolle einer politisch-militärischen Elite mit staatskapitalistischen Tendenzen²⁸ ein, die mit der übrigen Wirtschaftselite, den multinationalen Konzernen und der nationalen Privatwirtschaft, durch ein enges Beziehungsnetz verknüpft ist.

25 Zur Dauerkrise des institutionellen Systems: *N. Poulantzas*, *Pouvoir politique et classes sociales*, Paris 1971, 2 Bde.

26 *E. Torres-Rivas*, *Vida y muerte en Guatemala: Reflexiones sobre la crisis y la violencia política*, in: *El Colegio de México, Foro Internacional*, Mexiko, Bd. 20, Nr. 4, April-Juni 1980, S. 549-574; *C. A. Sarti C.*, *La Revolución Guatemalteca de 1944-54 y su proyección actual*, in: *Estudios Sociales Centroamericanos*, Sept./Dez. 1980, Nr. 27, S. 65-78.

27 *McCann*, *The Brazilian Army . . .*, a.a.O., S. 110.

28 *Z. B.: K.-Ch. Göthner*, *Probleme der Herausbildung des staatskapitalistischen Monopolismus in Brasilien*, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, 1981, Bd. 9, H. 4, S. 703-723; *F. Stern*, *Between Repression and Reform: A Stranger's Impressions of Argentina and Brazil*, in: *Foreign Affairs*, Juli 1978, S. 800-818, S. 806; »The economic feats of military-technocratic regimes in Latin America may, in fact, constitute a new and important element in this type of rule.«

Die Macht- und teils auch Wirtschaftselite ersetzt eine Staatspartei und spielt eine ähnliche Rolle wie das ebenfalls bürokratisch-autoritäre Einparteiensystem in Mexiko,²⁹ das allerdings eine breitere politische Basis bis hin zu gelenkten Gewerkschaften besitzt, oder Partei, Technokraten, Bürokraten und Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern.³⁰ Allmählich entsteht in Brasilien eine militärisch dominierte Macht- und Wirtschaftselite mit Zügen einer »Staatsbourgeoisie«.³¹ Kennzeichnend für den institutionalisierten militärischen Bonapartismus ist die Nachfolgeregelung: Sie erfolgt im Gremium der Vier-Sterne-Generäle; gefragt ist nicht der traditionelle Caudillo, sondern ein Offizier, der im Staatsapparat wie etwa Präsident Figueiredo oder im staatlichen Wirtschaftssektor wie Ex-Präsident Geisel entsprechende Voraussetzungen gewonnen hat. Die brasilianische Militärregierung vertritt in ihrem Selbstverständnis nationale Interessen, schafft pragmatische Kompromisse zwischen wirtschaftsliberalen und staatsinterventionistischen Gruppen (»pragmatismo responsável«), setzt gesamtwirtschaftliche Interessen gegen nationale Privatwirtschaft und multinationale Konzerne durch, arbeitet aber zugleich auf der Unternehmensebene eng mit beiden Gruppen zusammen. Es entsteht ein Dreiecksverhältnis von Staat plus staatlichem Wirtschaftssektor, ausländischen und nationalen Unternehmen (»asociación tripartita«),³² welches an die Stelle der etwa aus Westeuropa bekannten nationalen Industriebourgeoisie tritt. Zwar erhält die Privatwirtschaft einen ausreichenden Spielraum für ihre Aktivitäten; dort aber, wo sie sich nicht engagiert oder wo der Staat wirtschafts- bzw. sicherheitspolitische Interessen besitzt, wächst der bereits große staatliche Wirtschaftssektor, der neben der Rüstungsindustrie Teile der Grundstoff- und der Investitionsgüterindustrie umfaßt. Kern des erwähnten Dreiecksverhältnisses auf Unternehmensebene sind joint ventures zwischen den drei wichtigsten Trägergruppen des Industrialisierungsprozesses und andere neue Formen der Unternehmenskooperation. Für die nationale Privatwirtschaft sind staatliche Finanzierung und Nachfrage zu wesentlichen Faktoren geworden. Einige der staatlichen Großunternehmen besitzen bereits Charakteristika von multinationalen Konzernen.

29 E. P. Stevens, Mexico's PRI: The Institutionalization of Corporatism?, in: J. M. Malloy (Hrsg.), *Authoritarianism and Corporatism in Latin America*, University of Pittsburgh Press, 1977, S. 191–226.

30 Z. B.: J. Kurón, K. Modzelewski, *Monopolsozialismus*, Hamburg 1969; R. Bahro, *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Köln, Frankfurt am Main 1977.

31 F. H. Cardoso, *Die Frage des Staates in Brasilien*, o. A.; ders., *Development and Environment: The Brazilian Case*, in: CEPAL Review, Santiago de Chile, Dez. 1980, S. 111–127.

32 *Arancibia*, . . . , *La polémica* . . . , a. a. O., S. 44; vgl.: H. Bleckert, V. Schöne, *Einige Fragen der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Ländern Lateinamerikas*, in: *Asien, Afrika, Lateinamerika*, 1981, Bd. 9, H. 5, S. 881–892, S. 890; die Frage, ob das tripolare System, »bestehend aus imperialistischem Monopolkapital, einheimischen Monopolen und Staat,« wegen der Verflechtung zwischen in- und ausländischen Monopolen auf ein »zweipoliges System« zusteuert, ist wahrscheinlich aufgrund der aktiven Rolle des nationalen Kapitals in Brasilien oder Mexiko zu verneinen.

III. Entwicklungspolitische Bilanz, Perspektiven und Alternativen militärischer Herrschaft in Lateinamerika

1. Die Kleinstaaten: Militärherrschaft bis zur Revolution

Die Bilanz der Militärregime im Hinblick auf Wachstum und Entwicklung fällt in den Kleinstaaten Lateinamerikas äußerst negativ aus. Auch in diesen Ländern wurde die beherrschende Position der Agrar- und Handelsbourgeoisie immer wieder, auch durch Militärs, angegriffen, konnte aber angesichts der Schwäche der städtischen, proindustriellen Schichten nicht aufgebrochen werden. Damit unterblieben Reformen, die die Bedingungen zu einer dynamischeren Entwicklung hätten schaffen können. Indem der Durchbruch zur Industrialisierung, der in den größeren Ländern der Region über die militärisch-bonapartistische Trennung von Staat und Gesellschaft erreicht wurde, nicht gelang, blieb das Militär Bestandteil der traditionellen Machtelite und wurde nun auch zu einem Wirtschaftspartner der traditionellen Wirtschaftselite.

Die Agrar-, Handels- und Militärelite wurde jedoch aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Dauerkrise so geschwächt, daß sie immer stärker auf die direkte und indirekte Intervention der USA setzen mußte. Diese verhinderten aus sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen selbst gemäßigte Reformansätze. Zwar gelang den USA – außer in Kuba, Nicaragua und El Salvador – die Sicherung der politischen Position der traditionellen Eliten; gerade deswegen aber scheitern sie in ihren Bemühungen um eine Dynamisierung der Wirtschaft und tragen zu einer wachsenden politischen Polarisierung bei.

Dieses Zusammentreffen endogener und exogener Interessen hat zwei Folgen: Eine reformorientierte Mitte erlangte in den Kleinstaaten nicht die bestimmende Position, die sie in einer wichtigen Übergangsphase in fast allen anderen Ländern der Region eingenommen hat. In Kuba und Nicaragua versuchten die USA erst **nach** dem Sieg revolutionärer Bewegungen diese politische Mitte aufzubauen. Und vor allem: In diesen Ländern fallen nationale und soziale Revolution zusammen. Aufgrund ihrer Schwäche gegenüber nationalen, im Falle Nicaraguas auch subregionalen Gegnern und den USA rüsten die revolutionären Regierungen auf und suchen alternative politische Partner. Damit ist die Einbeziehung in den Ost-West-Konflikt vollzogen, ist etwa die Kubanische Revolution noch heute politisch-militärisch gefährdet.

Eine weitere Zuspitzung im zentralamerikanisch-karibischen Raum kann nur vermieden werden, wenn die Industrieländer politische Bewegungen gegen die traditionellen Eliten massiv unterstützen. Eine wichtige Rolle kommt hierbei einer engen Kooperation mit den Schwerpunktländern der Subregion, Mexiko und Venezuela, zu.³³ Nur diese können

33 Vgl.: *K. Eßer, J. Wiemann*, Schwerpunktländer in der Dritten Welt – Konsequenzen für die Südbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland, DIE, Berlin 1981, S. 59 ff.; *P. Richter, K. Eßer*, Schwerpunktland Mexiko – Zur Fortentwicklung der bilateralen Kooperationspolitik der Bundesrepublik Deutschland, DIE, Berlin 1981, S. 59 ff., S. 70 ff.

erreichen, daß der Wandel in den benachbarten Kleinstaaten **ohne** deren Einbeziehung in den Ost-West-Konflikt erfolgt. Ohne diesen Wandel aber kann die ohnehin geringe Entwicklungshilfe der Industrieländer an die Kleinstaaten bestenfalls karitative Bedeutung besitzen.

2. Mittelgroße Länder des *cono sur*: Neoliberalismus ohne Perspektive

In den stärker industrialisierten Ländern des *cono sur* haben Militärregime zeitweise zur Stärkung proindustrieller Mitte-Links-Allianzen beigetragen, jedoch, als diese in eine Krise gerieten, die Interessen einer neuen Mitte-Rechts-Allianz oder auch nur der Agrar-, Handels- und Spekulationsbourgeoisie durchgesetzt. In dieser Subregion Lateinamerikas wird die Anbindung des Militärs an konservative Wirtschaftsinteressen durch ideologische Traditionen gefördert: die korporativen Strukturen und Wertvorstellungen aus Spanien,³⁴ die preußische Professionalisierung, besonders in Chile,³⁵ ständestaatliche und national- oder christlichkonservative Vorstellungen,³⁶ faschistische Einflüsse,³⁷ einen Rechtsnationalismus, für den die »Doktrin der nationalen Sicherheit« an erster Stelle steht, schließlich einen militanten Antikommunismus nach innen, der allerdings intensive Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern nicht ausschließt.

In Argentinien verhinderten Militärs die Herausbildung einer starken zivilen Machelite. Dies gilt für die konservativen Staatsstriche von 1930, 1955, 1962 und 1976 ebenso wie für den von 1943, der zum Peronismus führte.³⁸ Zwar stand die Entwicklung der städtisch-industriellen Bourgeoisie in diesem Land – wie früher in Preußen – wegen ihrer Zusammensetzung aus heterogenen Einwanderergruppen vor besonderen Problemen; doch diese schienen bis 1930 angesichts des großen Wirtschaftspotentials Argentinien durchaus lösbar. Bei Fortführung des demokratischen Prozesses in der Phase des Populismus, die durch die Intervention des Militärs von 1943 wahrscheinlich nur etwas früher herbeigeführt wurde, zudem unter einer Zivilregierung vermutlich gemäßigter verlaufen wäre, hätten in Argentinien durchaus tragfähige politische Institutionen entstehen können. Vielleicht hätte sich in diesem Land eine Wirtschaftspolitik in Richtung auf eine »ent-

34 Z. B.: *H. J. Wiarda*, *Toward a Framework for the Study of Political Change in the Iberic-Latin Tradition: The Corporative Model*, in: *World Politics*, Jan. 1973, Bd. 25, Nr. 2, S. 206–235; *G. Philip*, *The Military Institution Revisited: Some Notes on Corporatism and Military Rule in Latin America*, in: *Journal of Latin American Studies*, Nov. 1980, Bd. 12, Nr. 2, S. 421–436.

35 *A. Joxe*, *Las fuerzas armadas en el sistema político chileno*, Santiago 1970, S. 49 ff.; vgl.: *Ch. D. Corbett*, *Politics and Professionalism: The South American Military*, in: *Orbis*, Winter 1973, Bd. 16, H. 4, S. 927–951.

36 Einen starken Einfluß auf den argentinischen Nationalismus, auch der älteren Militärs, übte *Ch. Maurras*, 1868–1952, aus, der etwa auch *Mussolini* beeinflusste.

37 Zwar gab es in der Gruppe der am Putsch von 1943 beteiligten Offiziere Sympathisanten des europäischen Faschismus; dennoch kann aber der Peronismus nicht als Faschismus interpretiert werden; vgl.: *G. Ashoff*, *Grundzüge und Bedeutung der peronistischen Politik in Argentinien seit 1973. Genesis und Scheitern eines gesellschaftlichen Reformversuchs im abhängigen Kapitalismus*, Berlin, Okt. 1975, S. 24 ff.

38 Vgl.: *O. Bayer*, *Die Rolle des Militärs in der politischen Entwicklung Argentinien*, in: *Berichte zur Entwicklung in Spanien, Portugal und Lateinamerika*, Mai/Juni 1978, S. 19–36, S. 24 ff.

wickelte Peripherie«³⁹ durchgesetzt, wie sie in Kanada, Australien und Neuseeland erfolgreich umgesetzt wurde. Die Militärherrschaft ist jedenfalls eher Ursache als Folge der sprichwörtlichen institutionellen Instabilität Argentiniens.

Deutlich wird, daß selbst für die peronistische Phase Thalheims Charakterisierung der südamerikanischen Militärdiktatur nur mit Einschränkungen zutrifft: Das Offizierkorps »übt die Herrschaft aus an Stelle der Bourgeoisie, die sie noch nicht ausüben kann. Im Fall des Bonapartismus und des italienischen Faschismus konnte sie sie in der gegebenen Situation des Klassenkampfes nicht mehr ausüben.«⁴⁰ Die Machtübernahme des Militärs 1930 schwächte die Industriebourgeoisie und führte zum Peronismus, der seinerseits eine politische Polarisierung bewirkte, aufgrund derer die Industriebourgeoisie nun durch die Linke und die Rechte geschwächt wurde. Vor und nach 1976 gilt deswegen, daß die Bourgeoisie die Herrschaft »in der gegebenen Situation des Klassenkampfes nicht mehr ausüben« konnte. Nun aber nahm das Militär die Herrschaft nicht wahr, um die Bourgeoisie vor der Revolution zu schützen; vielmehr wandte sich seine Strategie, die nicht mehr hauptsächlich auf Industrialisierung abzielt, auch gegen die nationale Industriebourgeoisie, die weiter geschwächt wird. Schon Trotzki hatte festgestellt, daß ökonomische Bedingungen und Klassenstrukturen in Lateinamerika zu einer Funktion des Staates führen, die mit den europäischen Verhältnissen, an denen der Begriff des Bonapartismus entwickelt wurde, nicht vergleichbar ist.⁴¹ Der Staat blieb in Argentinien eben nicht – wie in Brasilien – Motor der Industrialisierung.

Deswegen treffen auf Argentinien auch zwei andere Erklärungsansätze für die Militärherrschaft nicht zu: »Der auf Lateinamerika zugeschnittene Korporatismus gibt die organisierte, intentionell wechselseitige (»bifrontale«) Verbindung zwischen bürokratisch-autoritativem Staat und wichtigen (d. h. machtvollen oder für wichtig erachteten) Kräften einer erst heranwachsenden urbanisierten und industriellen Gesellschaft in einem Lande wieder.«⁴² Aufgrund der Klassenstrukturen, noch mehr aber, wie die Hemmnisse

39 Z. B.: *H.-J. Harborth*, Zur Rolle der Entwicklungsländer in einer multizentrischen Weltwirtschaft, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, 1971, Bd. 22, S. 244–256.

40 *A. Thalheimer*, Über den Faschismus, in: *W. Abendroth (Hrsg.)*, *O. Bauer, H. Marcuse, A. Rosenberg u. a.*, Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt am Main, Wien 1968, S. 19–38, S. 36.

41 *L. Trotsky*, Por los Estados Unidos Socialistas de América latina, Coyoacán/Mexiko, Buenos Aires 1961; zit. nach: *J. Mafud*, Sociología del Peronismo, Buenos Aires 1974, S. 77; zur Diskussion über den Bonapartismus: *Kaldor*, *The Military . . .*, a.a.O., S. 466 ff.; *A. H. Amden*, *Kaldor's 'The Military in Development' – A Comment*, in: *World Development*, 1977, Bd. 5, Nr. 8, S. 753–761; vgl. zur Industriebourgeoisie: *C. Véliz*, *The Centralist Tradition of Latin America*, Princeton, N. J., 1980, S. 269 ff.

42 *G. Scheffler*, Zu den Korporativstrukturen in den Andenpakt-Staaten, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 1. Quartal 1981, Bd. 14, H. 4, S. 61–68, S. 62; vgl. zu Chile: *I. L. Horowitz*, *Military Origins of Third World Dictatorship and Democracy*, in: *Third World Quarterly*, Jan. 1981, Bd. 3, Nr. 1, S. 37–47, S. 40: »Chile is an example of a type of free-market Stalinism, characterised by repression, inflation, and reduced consumer spending. The military function as a surrogate class: a repressive caste rather than a true class.«; das Militär ist eben nicht die »Neue Klasse« in der Dritten Welt, wie *W. Grabendorff* meint: *Militärherrschaft in Lateinamerika*, in: *Berichte zur Entwicklung in Spanien, Portugal und Lateinamerika*, Mai/Juni 1976, S. 23–38, S. 23; vgl. zu Chile: *F. M. Nunn*, *New Thoughts on Military Intervention in Latin American Politics: The Chilean Case*, 1973, in: *Journal of Latin American Studies*, Nov. 1975, Bd. 7, H. 2, S. 271–304.

der Rohstoffexporte zeigen, wegen der veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, steht Argentinien – oder Chile – heute der Weg zu einer »erweiterten Peripherie« nicht mehr offen. Und es gibt zwar Tendenzen, die als »Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus« mit dem Merkmal der »Verschmelzung und Verflechtung der Macht der Monopole mit der des Staates«⁴³ interpretiert werden können; jedoch dienen diese Tendenzen anders als in Brasilien und Mexiko eher der Agrar-, Handels- und Finanz- als der Industriebourgeoisie.

Das Militär Argentiniens hat sich als »Störfaktor«⁴⁴ für Industrialisierung und Entwicklung, Bourgeoisie und Demokratie erwiesen. Entgegen verbreiteten Annahmen begünstigten Professionalisierung und später Technisierung der Streitkräfte weder den »civilismo« noch die entwicklungspolitische Handlungsfähigkeit des Militärs. Dieses überließ die Wirtschaftspolitik zivilen Politikern, die nach konservativ-nationalistischen und populistisch-staatsinterventionistischen seit 1976 extrem monetaristische Politiken verfolgen, während das Militär lediglich auf Rüstungs-, Nuklear- und die diesen vorgelagerten Industrien starrt. Sein Scheitern nach 1962 führte zu dem Wahlsieg der Peronisten von 1973; die wirtschaftliche und soziale Ineffizienz des Militärregimes ab 1976 ist Ursache der Krise des Landes in den letzten Jahren, für die es nur eine gegen die traditionelle Elite und das Militär gerichtete politische und wirtschaftspolitische Lösung gibt. Deswegen sieht sich das Militär gezwungen, seine Herrschaft immer wieder zu verlängern.

3. Brasilien: »Industrialisierung nach innen« und »kontrollierte Demokratie«

In Brasilien hat das Militär dagegen maßgeblich zur Durchsetzung eines effizienten Industrialisierungsmodells beigetragen und ist weiterhin Avantgarde und Garant dieses Prozesses. Zwischen dem »bismarquismo« und dem Brasilianischen Modell besteht ein wichtiger Unterschied: In Preußen und im Deutschen Reich schuf der Staat günstige Rahmenbedingungen für die industrielle Entwicklung und die Herausbildung einer nationalen Industriebourgeoisie. In Brasilien besteht eine Folge der langjährigen militärischen Herrschaft darin, daß die Machtelite selbst zur wirtschaftlichen Trägergruppe der Industrialisierung gehört. Als Staatsbourgeoisie bildet sie einen Gegenpol zur in- und ausländischen Privatbourgeoisie: Das Militär nimmt leitende Positionen im schnell wachsenden militärisch-industriellen Komplex, in technologischen Spitzenindustrien und in manchen Bereichen der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie ein; es erfüllt seine Berufs-, Gehalts- und Korporativinteressen über den Staat, wobei Korruption eine gewisse, aber eben nicht wie in den Kleinstaaten die Hauptrolle spielt. Die Rolle des Mi-

43 *Bleckert*, . . . , Einige Fragen . . . , a.a.O., S. 886.

44 Politikwissenschaftler und Militärsoziologen der USA hatten in den 50er Jahren das Militär vornehmlich als Störfaktor auf dem Weg zur Demokratie angesehen; vgl.: *F. Büttner et al.*, Reform in Uniform? Militärherrschaft und Entwicklung in der Dritten Welt, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1976, Bd. 127, S. 20.

litärs bleibt wichtig, weil die nationale Industriebourgeoisie auch längerfristig zu schwach sein wird, um zur dominanten Trägerschicht des Industrialisierungsprozesses zu werden und ihre Interessen gegen die multinationalen Unternehmen, die Industrieländer und zugleich gegen das schnell wachsende städtische Industrieproletariat wahrzunehmen. Seit 1964 verfolgen die Militärregime Brasiliens eine hauptsächlich nach innen gerichtete Industrialisierungsstrategie, die sich am technologischen Niveau der westlichen Industrieländer orientiert und auf einen horizontal und vertikal breit gefächerten, tendenziell eigenständigen Industrialisierungsprozeß abstellt. Wie in Mexiko wurden im Gegensatz zu neoklassischen Empfehlungen Staat und staatlicher Wirtschaftssektor wesentliche Träger dieses Prozesses. Gerade deswegen besitzen die Regierungen beider Länder eine Chance, im Verlaufe des Industrialisierungsprozesses ihr internes und internationales Verhandlungspotential zu steigern. Während dieses in Lateinamerika bereits als beträchtlich angesehen wird,⁴⁵ wird in Industrieländern häufig die **Möglichkeit** einer »Überwindung der Abhängigkeit« in diesem Rahmen bezieht.⁴⁶ Übersehen wird zum Beispiel, daß eine Rüstungsindustrie in einem Lande wie Brasilien, die in ihren ersten Phasen durchaus auf eine enge Kooperation mit den Industrieländern angewiesen ist, im Verlaufe ihrer Entwicklung zunehmend eigenständigere technologische Charakteristika gewinnen und wegen ihrer Anpassung an Bedarf und Bedingungen in Entwicklungsländern auch international wettbewerbsfähig werden kann. Die Überfremdung von Wirtschaftszweigen und ihre wirtschaftspolitischen Implikationen engen den politischen Entscheidungsspielraum der Regierungen in Brasilien und Mexiko ein, determinieren ihn aber nicht.

Stellt die militärische Herrschaft in Brasilien ein »Interregnum« dar?⁴⁷ Das Militärregime bemüht sich um Legitimierung, Institutionalisierung und eine »kontrollierte Partizipation«, die in Krisenphasen immer wieder eingeschränkt wird. Die technokratischen werden durch politische Lösungsansätze erweitert. Häufig empfohlen, aber unwahrscheinlich ist, daß eine »decompressão« zu einem Einparteiensystem, wie es in Mexiko besteht, führen wird.⁴⁸ Die Tendenzen zu einer »kontrollierten repräsentativen Demokratie« sind stärker. Denn auch, wenn das Militär, etwa um seine Einheit und Geschlossenheit in einer Wirtschaftskrise zu wahren, in die »zweite Linie« zurücktreten würde, wäre sein politisches Gewicht weiterhin bedeutend, vielleicht entscheidend. Außerdem würde

45 F. Sánchez A., Rol del estado dentro del comercio exterior de América Latina y perspectivas para la década de los ochenta, in: CIDE, Economía de América Latina, 2. Sem. 1980, Nr. 5, S. 53–69, S. 63.

46 Z. B.: U. Albrecht et al., Rüstung und Unterentwicklung, Reinbek bei Hamburg 1976, S. 8, vgl. S. 53 f.; das Verhandlungspotential Brasiliens wird kaum dadurch gemindert, daß auch internationale Firmen sich über ihre Produktion in Brasilien Zutritt zu den Märkten der Dritten Welt verschaffen; vgl.: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. 11. 1981, S. 11.

47 Scheffler, Zu den Korporativstrukturen . . . , a.a.O., S. 62.

48 Vgl. die Empfehlung des US-Politologen S. P. Huntington: *Eßer*, Lateinamerika . . . , a.a.O., S. 64; M. Nitsch, Brasilien: Sozio-ökonomische und innenpolitische Aspekte des »Brasilianischen Entwicklungsmodells«, Ebenhausen 1975, S. 37; F. Pedreira, Decompression in Brazil?, in: *Foreign Affairs*, April 1975, Bd. 53, Nr. 3, S. 498–512; R. Roett, The Political Future of Brazil, in: W. H. Overholt (Hrsg.), *The Future of Brazil*, Boulder, Col. 1978, S. 71–102, S. 81 ff.

das Militär – wie in Spanien oder Portugal – immer als Alternative bereitstehen (»Demokratie auf Probe«).

Dies schließt nicht aus, daß in Brasilien, Spanien und Portugal – in den beiden letzten Ländern vor allem wegen ihrer Einbindung in NATO und EG – längerfristig eine Trennung von militärischer und ziviler Funktion erfolgt und ein Primat der zivilen Führung hergestellt wird, wie es in Mexiko entstand, als eine stabile, politisch effiziente Staatspartei das Militär zurückdrängte. In Mexiko sind die Streitkräfte ein spezielles Organ der Landesverteidigung; das Militär besitzt im politischen Leben eine wichtige Funktion, die derjenigen in den USA und anderen Industrieländern gleicht. In zivilregierten Ländern wie Kolumbien und Venezuela dagegen besteht durchaus keine »zivile Suprematie«; vielmehr sind Militärs aktiv an der Machtausübung beteiligt – oft in einem solchen Ausmaß, daß sie entscheidenden Einfluß auf Zivilregime besitzen. Das Militär ist die stärkste der im politischen Prozeß miteinander konkurrierenden Gruppen.

4. Zu komplexe Anforderungen an die Militärregime Lateinamerikas

Aus Veränderungen weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ergaben sich in Lateinamerika, wie gezeigt wurde, immer wieder Krisen der Wachstumsstrategien und Phasen politischen Umbruchs, in denen das Militär eine zu- oder abnehmende Bedeutung besaß. Seit Mitte der 70er Jahre verschärfen die Veränderungen wichtiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen die Entwicklungsprobleme der Region: Die drastische Verringerung der Nachfragedynamik der westlichen Industrieländer nach Rohstoffen und Industrieprodukten erschwert die Umsetzung exportorientierter Strategien. Angesichts der Hochzinspolitik der USA werden die externen Finanzierungsbedingungen ungünstiger, und zwar bei bereits hoher ausländischer Verschuldung vieler Länder der Region. Die Ölpreissteigerungen setzen der weiteren Verbreitung und sogar Verfolgung des westlichen Produktions- und Konsummodells enge Grenzen und lösen einen Zwang zu neuen, energiesparsamen Strategien industrie- und landwirtschaftlicher Entwicklung aus. Hinzu kommt die Verschärfung der negativen Effekte der einseitigen Industrialisierungsstrategien und noch einseitigeren monetaristischen Politiken: die Verelendung von mindestens 20 % der Bevölkerung, die geringe Entfaltung des Agrarpotentials oder die überaus starken, auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bereits negativen Agglomerationstendenzen.

Zwar sind die Länder Lateinamerikas auch in den 80er Jahren aus außenwirtschaftlichen Gründen gezwungen, ihre Bemühungen um eine Verstärkung ihrer Position auf dem Weltmarkt fortzusetzen; aufgrund der skizzierten weltwirtschaftlichen und inneren Faktoren wird aber zugleich eine Adjustierung des bisherigen Wachstumsmodells unerlässlich, sollen Wachstum und Entwicklung nicht an Dynamik verlieren. Wesentlich ist eine »Anpassung nach innen« über Sozial-, Agrar- und Regionalpolitiken, über die der Binnenmarkt allmählich ausgeweitet werden kann. Außerdem erfordert der Absatz von Rohstoffen und Industriegütern weitaus stärkere Regionalisierungspolitiken, als sie bis-

her verfolgt wurden.⁴⁹ Angesichts ihrer entwicklungspolitischen Bilanz und ihrer Identifizierung mit traditionellen Eliten sowie neoliberalen Experimenten sind in vielen Ländern der Region Militärregierungen kaum in der Lage, einen stärker nach innen gerichteten Wachstums- und Entwicklungsprozeß einzuleiten. Früher zog sich das Militär in solchen Situationen in die »zweite Linie« zurück; es wurde gezeigt, daß heute im cono sur oder in den Kleinstaaten ein solcher Rückzug, etwa zugunsten »sozialdemokratischer Bewegungen«,⁵⁰ die wahrscheinlich effizienter auf die Veränderung externer und interner Bedingungen reagieren könnten, mit erheblichen Risiken für das Militär selbst verbunden ist.

5. Postrevolutionäre zivil-militärische Eliten

Unwahrscheinlich, wenn auch nicht auszuschließen ist, daß sich in Lateinamerika – wie etwa in Libyen oder Äthiopien – Militärs an die Spitze einer antikapitalistischen Bewegung setzen. Weil die politischen Systeme in der Region älter sind als in Asien und besonders Afrika, bestehen weitaus intensivere Bindungen des Militärs an die herrschenden Eliten; damit wird die politische Schwankungsbreite militärischer Staatsstriche enger: Sie unterstützen die traditionale Elite oder die städtischen, proindustriellen Schichten; in Übergangssituationen weisen sie zugunsten angenommener nationaler Interessen, etwa an Industrialisierung, bonapartistische Charakteristika auf.⁵¹ Die revolutionären Prozesse in Bolivien, Kuba und Nicaragua wurden gegen die Streitkräfte durchgesetzt und führten zu deren Auflösung. An der Spitze einer Volksrevolution sind Militärs in Lateinamerika vorerst nur vorstellbar, wenn diese bereits erfolgt ist. Deswegen, aber auch aufgrund der skizzierten politischen Tradition der Region, bleibt auch während und nach der Revolution die personelle Verbindung von politischer und militärischer Macht äußerst eng. Dies zeigen die Erfahrungen von Kuba und Nicaragua.

Für die Guerilla in Kuba gilt: »The nature of the armed struggle had made it virtually impossible to separate administration from combat.« »Gradually, the talent and expertise emerging within the armed institution converted the military into a primary socioeconomic agency of the revolutionary order, assuming principal responsibility for the management, organization, and implementation of national programs.« Nach der Revolution wird das Militär zur Avantgarde des Wandels: » . . . the government drew upon the Rebel Army to provide the needed expertise, organization, and discipline.« Schrittweise wird militärische Disziplin in das gesamte Produktionssystem eingeführt. Es war not-

49 K. Eßer, Industrialisierung und Entwicklung in Lateinamerika. Hemmnisse und Möglichkeiten in den 80er Jahren, in: K. Lindenberg (Hrsg.), Lateinamerika-Herrschaft, Gewalt und internationale Abhängigkeit, Bonn, Dez. 1981.

50 Kritisch: T. Evers, Die westdeutsche Sozialdemokratie in Lateinamerika: Offensive oder Flucht nach vorne? Veröffentlichung wahrscheinlich 1982.

51 Hinsichtlich der Form staatlicher Machtausübung; vgl. Thalmeier, Über den Faschismus . . . , a.a.O., S. 36; Ashoff, Grundzüge . . . , a.a.O., S. 28.

wendig, »to use military personnel and organization for administrative and production purposes at a time when financial, technical, and human resources were scarce.« »What began as a military necessity in 1956–8 and evolved into a political expedient between 1959 and 1961 developed into a production imperative by the end of the decade.«⁵²

In Nikaragua wird das bisher ungelöste Machtproblem und damit auch das Problem der Etablierung einer eindeutigen Entwicklungsstrategie über den Aufbau der Streitkräfte entschieden werden; Comandante H. Ortega: »We took power by arms, and it should be clear who has power in Nicaragua today.«⁵³ Zivile und militärische Funktionen werden sich noch lange überschneiden. Die politische Führung der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FLSN) liegt in der Hand von neun Comandantes der Befreiungsarmee, die zugleich den Kern der neuen Volksmiliz und der Polizei stellt. Die Sandinistischen Verteidigungsausschüsse (CDS) sind wie in Kuba die Ausschüsse zur Verteidigung der Revolution (CDR) Grundlagen der Lokalverwaltung.⁵⁴ Inwieweit die Streitkräfte auch in Nikaragua zur Avantgarde im Produktionsprozeß werden, hängt von der Entwicklung der Machtverhältnisse im Lande und den Charakteristika des Außendrucks auf die Revolution ab.

52 L. A. Pérez, *Army Politics in Socialist Cuba*, in: *Journal of Latin American Studies*, Nov. 1976, Bd. 8, H. 2, S. 251–271, S. 254, 263, 270 f.

53 S. M. Gorman, *Power and Consolidation in the Nicaraguan Revolution*, in: *Journal of Latin American Studies*, Mai 1981, Bd. 13, Nr. 1, S. 133–149, S. 133.

54 Ebenda, S. 146 f.

ABSTRACTS

The Military and Development in Latin America

by *Klaus Eßer*

This regional study identifies the factors which delimit the action possibilities open to military régimes in the field of development. A historical analysis reveals that extremely close links exist in Latin America between the military and the economic and power elites. The range of variance in the event of a military coup d'état is held within correspondingly narrow limits: the military has long supported the traditional agrarian and commercial bourgeoisie. In the period between 1920 and 1955/65, against a background of increasing social differentiation and a changed world economic context, the military paved the way for pro-industrial class alliances in the large and also in some medium-sized countries in Latin America. However, when crisis symptoms afflicted an industrialization process based on import substitution, populist reform efforts encountered grave difficulties and the bourgeoisie and middle classes saw their interests threatened by Centre-Left alliances, military régimes also contributed towards introducing a variety of new growth strategies, the element of variety being attributable primarily to the industrialization potential of the country concerned.

The value concepts, interests, organizational level, action capacity and function of the military in developing countries are determined in the first instance by the prevailing level of societal differentiation, this in turn being largely dependent on the industrialization level already reached: in Brazil, the most industrialized country of the Third World, the military and the technocratic and bureaucratic establishment jointly assume the role of a political-military elite with state-capitalist tendencies operating in close liaison with the remainder of the economic elite, foreign investors, and domestic private enterprise. Industrialization has become the most important instrument of national security policy. In the Cono Sur, where industrialization strategies with an overly domestic orientation ran up against the limitations of the domestic market but where the Centre-Left alliances were particularly strong, the military is now clearly supporting the interests of the bourgeoisie in the agricultural, commercial and financial sectors. In the smaller states, which have remained primarily export economies, the track record of the military régimes in the field of development has been extremely negative. Here, the military is an integral part of the traditional economic and power elite, which opposes even modest reforms. Revolutionary movements are taking an increasingly active stance against military régimes devoid of development policy prospects. The experiences of Cuba and Nicaragua illustrate that Latin American tradition has ensured that even during and after a revolution the links between political and military power remain extremely close.